

Demokratie und zivile Kontrolle über das Militär in Thailand und Indonesien¹

Philip Völkel, Paul Chambers

Summary

It is widely accepted that civilian control of the military is a defining element of democratic consolidation. This article demonstrates how a lack of civilian control negatively affects democracy in Indonesia and Thailand. Based on a newly developed concept of civilian control and the concept of embedded democracy it analyzes the direct effects of weak civilian control on civilian governments' effective power to govern and its indirect effects on the other partial regimes of democracy. Our results show that civilian control is weak in both countries. However, while Indonesia's electoral regime, the core of democracy, is only marginally affected by military interference, the fairness of Thai elections suffers from massive intrusions of the armed forces. Still, lacking civilian control in Indonesia indirectly aggravates defects in other partial regimes of democracy, such as the violation of civil rights or corruption. Indonesia's electoral regime is only affected on the subnational level.

Manuscript received on 2010-03-23, accepted on 2010-09-13

Keywords: Democratization, civilian control, Indonesia, Thailand, Defective Democracy, Democratic Consolidation, civil-military relations

Einleitung

Die Demokratieentwicklung in Thailand und Indonesien verlief in den vergangenen Jahren sehr unterschiedlich. In Thailand mündete die Krise der Demokratie in den Militärputsch von 2006. Obgleich das Königreich mit den Wahlen von 2007 zur „defekten Demokratie“ zurückgekehrte ist, ist angesichts der anhaltenden innenpolitischen Krise in absehbarer Zeit kaum mit der Konsolidierung der jungen Demokratie zu rechnen. Im Unterschied dazu erwies sich die indonesische Demokratie als stabil trotz schwieriger Ausgangsbedingungen und entgegen der skeptischen Einschätzungen in Teilen der Forschung seit dem Sturz der autoritären „Neuen Ordnung“ von Präsident Suharto (1967-1998).²

In der vergleichenden Demokratieforschung besteht Konsens darüber, dass ein hinreichendes Maß an ziviler Kontrolle über das Militär ein Definitionsmerkmal kon-

¹ Dieser Beitrag ist entstanden im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojekts „Demokratische Transformation und zivile Kontrolle des Militärs: Ein Vergleich junger Demokratien in Nordost-, Südost- und Südasiens“.

² Vgl. auch den Beitrag von Marco Bunte in diesem Band.

solidierter Demokratien ist. Umgekehrt schränken Defizite ziviler Kontrolle in vielfacher Weise die Funktionsweise demokratischer Verfahren und Regeln ein (Merkel et al., 2003; Bühlmann et al., 2008; Diamond/Morlino, 2005). Angesichts der konfliktgeladenen Geschichte zivil-militärischer Beziehungen in Thailand und Indonesien, der Stellung des Militärs in der autoritären Ordnung sowie aufgrund der jüngeren Demokratieentwicklung analysiert dieser Beitrag die Wechselwirkungen zwischen ziviler Kontrolle und der Funktionsfähigkeit der Demokratie in beiden Ländern. Dazu stellen wir in einem ersten Schritt ein neu entwickeltes Konzept der zivilen Kontrolle vor (Croissant et al., 2010) und setzen dies in systematischen Zusammenhang mit dem Konzept der *embedded democracy* (Merkel et al., 2003). Im zweiten und dritten Abschnitt der Untersuchung beleuchten wir den Stand der zivilen Kontrolle in Thailand und Indonesien. Der vierte Abschnitt betrachtet die Auswirkungen mangelnder ziviler Kontrolle auf die Demokratie in den beiden Staaten. Einige tentative Schlussfolgerungen beschließen den Beitrag.

1 Zivile Kontrolle und Demokratie

Unser Verständnis von ziviler Kontrolle orientiert sich an dem jüngst von Croissant u.a. entwickelten Konzept. Demnach umschreibt zivile Kontrolle

„that distribution of decision-making power in which civilians alone have the authority to decide on national politics and their implementation. Under civilian control, civilians can freely choose to delegate decision making power and the implementation of certain policies to the military while the military has no autonomous decision-making power outside those areas specifically defined by civilians. Furthermore, it is civilians alone who determine which particular policies, or policy aspects, the military implements, and civilians also define the boundaries between policymaking and policy implementation. Moreover, civilian authorizers must possess sanctioning power vis-à-vis the military, and they can – in principle – revise their decisions any time“ (Croissant et al., 2010).

In der politischen Realität sind junge Demokratien jedoch häufig mehr oder weniger weit von diesem Idealzustand entfernt. Um das tatsächliche Ausmaß ziviler Kontrolle auf einem Kontinuum zwischen unbeschränkter ziviler Suprematie bis hin zum Entscheidungsmonopol des Militärs über sämtliche Politikmaterien („militärische Kontrolle“) angemessen erfassen zu können, unterscheiden die Autoren fünf Teilbereiche der zivilen Kontrolle. Innerhalb dieser „Arenen“ (ibid.) können Intensität und Formen ziviler Kontrolle variieren. Die fünf Teilbereiche sind (ibid., vgl. auch Croissant/Kühn, 2009: 1):

- 1) *Die Arena der Elitenrekrutierung.* Kriterien für eine vollständige oder eingeschränkte zivile Kontrolle in diesem Bereich sind zum einen die punktuelle oder systematische Einflussnahme des Militärs auf den Wahlprozess und die Besetzung politischer Ämter, wodurch die beiden Kernprinzipien der Demokratie – freie Partizipation und freier Wettbewerb

(contestation, vgl. Dahl, 1971) eingeschränkt oder sogar vollständig ausgehebelt werden.

- 2) *Der Teilbereich der public policies* betrifft Prozesse der Politikentscheidung und Politikimplementierung außerhalb der Politikfelder Innere Sicherheit und Verteidigung, etwa Fiskal- und Wirtschaftspolitik, klassische Außenpolitik, Entwicklungs- und Sozialpolitik sowie die alltägliche Regierungsarbeit. Zivile Kontrolle in diesem Bereich ist eingeschränkt, wenn Militärs Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können, aber auch, wenn das Militär die konkrete Umsetzung von Politikentscheidungen beeinflussen kann, sei es über die zuständigen Ministerien oder eigene Institutionen und Organisationen.
- 3) *Der Teilbereich der inneren Sicherheit* umfasst neben der Aufstands- und Terrorismusbekämpfung auch die Aktivitäten inländischer Nachrichtendienste sowie Aufgaben der alltäglichen Rechtsdurchsetzung und Grenzsicherung. Entscheidend für den Aspekt der zivilen Kontrolle ist, ob die demokratisch gewählten Autoritäten grundsätzlich über Reichweite, Dauer, Intensität und Häufigkeit solcher Einsätze entscheiden und ob zivile Institutionen dazu in der Lage sind, die Aktivitäten des Militärs effektiv zu kontrollieren.
- 4) *Der Bereich der Landesverteidigung* erfasst die Kernaufgabe des Militärs. Daher ist die Beteiligung des Militärs in diesem Entscheidungsbereich der Politik auch in etablierten Demokratien mitunter stärker ausgeprägt. Zivile Kontrolle ist dann gegeben, wenn die zivilen Entscheidungsträger tatsächlich die Letztentscheidungsautorität in allen Fragen der Verteidigungspolitik haben und über die Möglichkeiten verfügen, effektiv die Umsetzung ihrer Vorgaben durch das Militär zu überwachen.
- 5) *Die Militärorganisation* bildet den fünften Teilbereich ziviler Kontrolle. Er umfasst sowohl Entscheidungen zum Aufbau, der Organisation und der Ausstattung des Militärs und deren Umsetzung, als auch Grundfragen der Militärdoktrin und -ausbildung sowie der Besetzung von höheren Offiziersrängen.

Es besteht in der Transformationsforschung mittlerweile Konsens darüber, dass die zivile Kontrolle des Militärs notwendiger Bestandteil demokratischer Herrschaft ist (Karl, 1990; Diamond/Morlino, 2005). Schon ein enges Verständnis von Demokratie³ macht es notwendig, dass die gewählten Amtsträger auch tatsächlich die Kontrolle über alle relevanten politischen Entscheidungen haben (Dahl, 1989: 221). Legt man ein breiteres, liberales Demokratieverständnis zugrunde, auf dem etwa das

³ Eng bezeichnet in diesem Zusammenhang die weitgehende Beschränkung der Definition auf das Institut der demokratischen Wahl (vgl. zu dieser Unterscheidung etwa Merkel et al. 2003).

Konzept der *embedded democracy* (Merkel et al., 2003) basiert, tritt die Rolle ziviler Kontrolle noch deutlicher hervor.

Kernelement der *embedded democracy* ist das Wahlregime (A), das in freien, fairen und bedeutsamen Wahlen das Prinzip der Volkssouveränität sichert (ibid.). Erst zusätzliche institutionelle Stützen zur Einbettung der demokratischen Wahlen sorgen aber für ein uneingeschränktes Funktionieren der Demokratie. Politische Rechte (B), wie die Assoziations-, Versammlungs- und Informationsfreiheit, machen Wahlen durch die Förderung von Partizipation und Artikulation erst bedeutsam. Bürgerliche Freiheiten (C) begrenzen die Ausübung politischer Macht und garantieren die Freiheit des Individuums. Horizontale Verantwortlichkeit (D) verhindert den Missbrauch staatlicher Macht und sorgt durch die Errichtung von *checks* und *balances* für die wechselseitige Überwachung von Exekutive, Legislative und Judikative. Schließlich muss es institutionelle Sicherungen geben, die dafür sorgen, dass allein demokratisch gewählte Politiker mit Entscheidungsautorität in allen relevanten Politikbereichen betraut sind (E). Schon auf den ersten Blick ist deutlich, dass die zivile Kontrolle des Militärs Teil dieser Sicherungen ist. Treten in diesem Bereich Probleme auf, liegt ein unmittelbarer „Defekt“ vor.⁴ Aber auch mittelbar gefährdet mangelnde zivile Kontrolle die Funktionsfähigkeit der Demokratie: Durch die Wechselwirkungen zwischen den Teilregimen können Defekte im Teilregime E in die übrigen Teilregime ausstrahlen und dort vorhandene Defekte verstärken oder gar neue hervorrufen (vgl. Croissant et al., 2010).

Die Wechselwirkungen zwischen dem Entscheidungsbereich der Elitenrekrutierung und dem Wahlregime sind offensichtlich. Je mehr politischen Einfluss das Militär insgesamt ausübt, desto eher hat es einen Anreiz auch die politischen Freiheitsrechte (Teilregime B) zu beschränken, um Kritik an seinem Vorgehen zu unterdrücken. Bürgerliche Freiheiten (Teilregime C) sind am stärksten durch militärische Vorrechte im Bereich der inneren Sicherheit gefährdet, etwa wenn das Militär polizeiliche Aufgaben übernimmt, ohne dabei polizeiliche Methoden einzusetzen, wenn Menschenrechtsverletzungen im Zuge von Militäraktionen gar nicht oder nur vor Militärgerichten geahndet werden, oder wenn das Militär die Rechtssicherheit einschränkt, um effektiver für Sicherheit und Ordnung sorgen zu können. Auch die effektive wechselseitige Kontrolle politischer Entscheidungen (Teilregime D) wird ausgehebelt, wenn das Militär den gewählten Autoritäten die Entscheidungshoheit genommen hat. Die schädigenden mittelbaren Effekte mangelnder ziviler Kontrolle sind in der Regel umso größer, je mehr Entscheidungsbereiche ziviler Suprematie entzogen sind.

⁴ Defekte Demokratie sind definiert als „Herrschaftssysteme, die sich durch das Vorhandensein eines funktionierenden demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen, aber durch Störungen in der Funktionslogik einer oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur notwendigen Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind“ (Croissant/Thiery, 2009: 73).

2 Zivile Kontrolle in Thailand

Thailands Demokratie entstand 1992 in Reaktion auf ein zunehmend repressiver werdendes Militärregime. Als dessen gewaltsames Vorgehen gegen Demonstrationen in Bangkok vom König öffentlich missbilligt wurde, nötigte dies den Armeechef zur Abgabe der politischen Macht und dem Rückzug in die Kasernen. Die jüngere Demokratieentwicklung in Thailand sowie die Umstände, die 2006 zum Militärputsch geführt haben, sind gut dokumentiert (vgl. Hewison, 1997; Croissant, 2008; McCargo/Ukrist Pathmanand, 2005; sowie den Beitrag von Marco Bünte in diesem Band). Für die Forschungsfrage dieses Beitrags bedeutsam ist jedoch die Feststellung von Thitinan Pongsudhirak (2008: 140), wonach das thailändische Militär nach einer Phase des relativen Einflussverlusts in den Jahren zwischen 1992 und 2006 zu Beginn dieses Jahrzehnts erneut eine zentrale Position in der „non-elected ‚holy trinity‘ of monarchy, military, and bureaucracy“ einnimmt und seine traditionelle Rolle als Verteidiger der Monarchie wieder stärker politisch-interventionistisch definiert. Damit erinnert der Zustand der zivil-militärischen Beziehungen heute frappierend an die Zeit der zivilen Regierung von Premierminister Chatichai Chunnhavan Ende der 1980er Jahre (Chambers, 2010). Dementsprechend lassen sich gegenwärtig in wesentlichen Entscheidungsarenen ziviler Kontrolle teils drastische Einschränkungen ziviler Suprematie erkennen. Allerdings scheint sich das Militär durch seine gegenwärtigen politischen Aktivitäten, anders als zuvor, zugleich in eine günstige Ausgangsposition für die zu erwartende Nachfolgekrise nach dem Ende der Regentschaft König Bhumipols bringen zu wollen.

Bereits kurz nach dem Putsch gegen den amtierenden Premierminister Thaksin Shinawatra im September 2006 wurde auf Bestreben der Putschisten die Thai Rak Thai-Partei des gestürzten Premierministers aufgelöst. Die vor den Parlamentswahlen vom Dezember 2007 verabschiedete Verfassung hat die politischen Vorrechte des Militärs deutlich ausgeweitet. Darüber hinaus sicherte sich das Militär eine parlamentarische Repräsentation im neuen Senat, der seit 2007 zur Hälfte aus ernannten Senatoren besteht und in dem gegenwärtig ehemalige Militärs einen Anteil von neun Prozent aller Senatoren stellen. Zwar lag der Anteil von Militärs vor 2000 regelmäßig bei sogar 20% der Senatssitze, da aber die Verfassungsrevision von 1997 zwischenzeitlich aktive Militärs vollkommen aus dem Senat ausgeschlossen hatte und dem neuen vollständig gewählten Gremium bedeutende Ernennungsrechte verliehen hatte, stellt die Situation heute einen deutlichen Rückschritt zur Regierungszeit Thaksins dar (Chambers, 2009a: 11).

Im Jahr 2008 zeigte sich zudem, dass die Militärs in der Lage und willens sind, ihnen missliebige demokratisch legitimierte Regierungen zu stürzen. So weigerten sich die Generäle, die Thaksin-nahestehenden Regierungen von Premierminister Samak Sundaravej und Somchai Wongsawat gegen Proteste der sogenannten Gelbhemden, eine Allianz von Thaksinkritikern, zu verteidigen. Gleichzeitig haben die Streitkräfte durch eigene Vermittlungsbemühungen um die Schaffung einer

neuen Regierungskoalition unter Führung der Demokraten Partei im Dezember 2008 auch eine aktive Rolle bei der Regierungsbildung gespielt.⁵ Im Gegenzug gingen einige Posten im Kabinett von Premierminister Abhisit Vechachiwa an die militärnahe Bhumjai Thai Partei.⁶ Es verwundert daher nicht, dass die Generäle die Regierung Abhisit – anders als deren Vorgänger – gegen Proteste ihrer Kritiker schützten. Durch die Regierungsbeteiligung der Bhumjai Thai Partei kann das Militär zugleich auch informellen Einfluss auf die Regierungspolitik nehmen.

Reichen diese Kanäle nicht aus, maßt sich das Militär eigene Entscheidungen an, wie etwa in der Grenzpolitik gegenüber Kambodscha, oder setzt im Namen von Sicherheit und Ordnung die Umsetzung von Gesetzen aus. Das offenkundigste Anzeichen für die gestiegene Einflussnahme des Militärs auf die staatliche Politik ist der dramatische Anstieg der Verteidigungsausgaben von 6,2% des Staatshaushalts im Jahre 2005 auf 9,3% im Jahr 2010, was immerhin einem Anstieg von 50 Prozent entspricht (vgl. Chambers, 2010, Figure 5). Diese Entwicklung wird sowohl durch informelle Einflussnahme der Streitkräfte (u.a. Lobbying), als auch durch vorteilhafte Verfassungsregeln begünstigt.⁷

Besonders bedeutsam sind im Zusammenhang mit den Prärogativen des Militärs im Bereich der Inneren Sicherheit die Bestimmungen des Internal Security Act von 2008, durch den die Stellung des Militärs im Internal Security Operations Command.⁸ (ISOC) deutlich aufgewertet worden ist (Pasuk Phongpaichit/Baker, 2009: 302; Chambers, 2009b: 46-50). Auch hinsichtlich der Kontrolle der zivilen Autoritäten über die inneren Belange der Streitkräfte ist es dem Militär gelungen, zum Status quo vor der Demokratisierung von 1992 zurückzukehren. Das nach dem Putsch von 2006 verabschiedete Gesetz über die Organisation des Verteidigungsministeriums entzieht der zivilen Regierung de facto die Entscheidung über Personalentscheidungen bis hinauf zur Militärführung.⁹ Darüber hinaus wurden die Kontrollmöglichkeiten von Parlament und Regierung über die Verwendung des Militärbudgets drastisch beschnitten, indem die Mandatierung von Budgetposten

⁵ "Government Hopfuls Rendezvous with Anupong 'the Manager,'" *Bangkok Post*, 11. Dezember 2008.

⁶ Für Hinweise auf Einflussnahme, vgl. "Chaovarat welcomes Prawit with Open Arms," *Matichon*, 27. Januar 2009, online unter http://www.matichon.co.th/news_detail.php?newsid=1232349203&gpid=03&catid=01.

⁷ So verpflichtet Section 77 der Verfassung von 2007 Regierung und Parlament auf die Bereitstellung ausreichender Mittel für die Aufrechterhaltung "notwendiger und angemessener" Streitkräfte sowie einer „up-to-date technology“ der Streitkräfte.

⁸ ISOC wurde bereits 1974 als eine Unterbehörde der Streitkräfte gegründet und ist mit der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Land sowie Entwicklungsprojekten auf dem Land beauftragt. Es verfügt auch über nachrichtendienstliche Kompetenzen.

⁹ Vor 2006 lag das Vorschlagsrecht beim Premierminister. Nominierungen bedurften der Bestätigung durch den König (auf Empfehlung des Kronrats). Nun stellen die Streitkräfte fünf der sieben stimmberechtigten Mitglieder des für die Nominierungen zuständigen Gremien "PM Loses Army Reshuffle Powers," *Bangkok Post*, 2. Februar 2008, online unter <http://www.bangkokpost.com>. Über Beförderung bis zum Rang eines Oberst entscheidet schon formell das Militär allein.

abgeschafft wurde. Zudem kann das Militär während des Ausnahmezustands autonom über die Verwendung eines Großteils des Verteidigungshaushalts entscheiden und ohne Beteiligung des Parlaments von der Exekutive zusätzliche Mittel beanspruchen (Section 169, 2007 Constitution of the Kingdom of Thailand).

Bei der Darstellung der sehr weitreichenden Vorrechte des thailändischen Militärs ist zudem zu berücksichtigen, dass das Militär neben seinem schon formell großen Einfluss immer wieder auch informellen Einfluss auf die thailändische Politik nimmt, sei es im Vorfeld von Entscheidungen durch die Verbindung zu ehemaligen Militärs unter den Parlamentariern oder im Nachhinein durch mangelhafte Implementierung.

3 Zivile Kontrolle in Indonesien

Die Transformation der zivil-militärischen Beziehungen in Indonesien liefert die Kontrastfolie zum thailändischen Fall. Die Erfolge bei der Institutionalisierung ziviler Kontrolle sind trotz der vorhandenen Defizite bemerkenswert, da auch das indonesische Militär über viele Jahrzehnte hinweg eine herausgehobene politische Stellung eingenommen hat. Zudem gab es innerhalb der Streitkräfte durchaus Fraktionen, die dem Übergang von der Suharto-Diktatur zur Demokratie Ende der 1990er Jahre zunächst ablehnend gegenüber standen. Zu nennen ist hier vor allem der Machtkampf zwischen Armeechef Wiranto auf der Seite der gemäßigten Nationalisten, und Generalleutnant Prabowo, dem Kommandeur der Spezialeinheit Kostrad (Wandelt, 2007: 275f.). Letzterer plädierte auf dem Höhepunkt der Krise des Suharto-Regimes im Sommer 1998 für eine Fortsetzung des autoritären Regimes, notfalls mit repressiven Mitteln, und versuchte, die Unruhen in Jakarta eskalieren zu lassen, um Wirantos Fraktion zu diskreditieren (Mietzner, 2009b: 127f.). Wiranto hatte sich in der Krise aber rechtzeitig auf die Seite der Regimekritiker geschlagen und schaffte es so nicht nur, den Rücktritt Suhartos politisch zu überleben, sondern säuberte dabei zugleich das Militär von Mitgliedern der Prabowo-Fraktion.

Die politische Öffnung unter Präsident Habibie (1998/99) brachte mit sich, dass eine nun von vielen Gängelungen befreite Presse Verfehlungen des autoritären Regimes offen anprangerte, darunter auch Menschenrechtsverletzungen der Streitkräfte während der „Neuen Ordnung“. Derart unter Druck gesetzt stimmte die Militärführung einer Reihe von Militärreformen zu, die bereits in den 90er Jahren von Modernisierern innerhalb der Streitkräfte vorgeschlagen worden waren (International Crisis Group, 2000; Honna, 2003: 164). Nach frühen Anläufen zur Reform der Beziehungen von Politik, Verwaltung und Militär unter dem ersten demokratisch legitimierten Präsidenten Wahid (1999-2001) war die Regierungszeit der Nachfolgerin des im Jahr 2001 seines Amtes enthobenen Präsidenten, Präsidentin Megawati, durch relative Stagnation in diesem Bereich geprägt (Malley, 2008). Auf Megawati folgte mit Susilo Bambang Yudhoyono der erste direkt gewählte

Präsident des Landes, der 2009 mit deutlicher Mehrheit im Amt bestätigt wurde. Obwohl mit Yudhoyono ein ehemaliger General das höchste Staatsamt bekleidet, liegen die aktuellen Kernprobleme ziviler Kontrolle nicht im nationalen Wahlregime.

Noch bei der Wahl des ersten demokratisch legitimierten Präsidenten 1999 zeigte sich, dass das Militär über seine reservierten Sitze in der Beratenden Volksversammlung (MPR) Einfluss auf die Regierungsbildung ausüben konnte. Trotz anderslautender Versprechen vor der Wahl scheinen die Stimmen des Militärs den Ausschlag für Wahid gegeben zu haben (O'Rourke, 2002: 317), genau wie bei dessen Amtsenthebung kritische Äußerungen des Armeestabschefs und die Mobilisierung von Spezialkräften in Jakarta in Sichtweite des Präsidenschaftspalasts ohne zivile Anordnung wichtige Signale gegen ihn setzten (Malley, 2008: 263). Auch in den Kabinetten von Wahid und seiner Nachfolgerin Megawati waren ehemalige Militärs mit 16% bzw. 12% stark vertreten.¹⁰ Aufgrund der Inkompatibilität von aktivem Militärdienst und Regierungsamt scheint Wahid diese Nominierungen strategisch genutzt zu haben, etwa um Wiranto selbst durch die Aufnahme ins Kabinett zu entmachten (Honna, 2003: 177). Obwohl unter Präsident Yudhoyono der Anteil ehemaliger Militärs im Kabinett von zunächst 8% auf heute 6% stark zurückgegangen ist¹¹ und das Verteidigungsministerium seit 1999 von Zivilisten geführt wird, war stets ein Ex-General Koordinierender Minister für Politik und Sicherheit; auch der Befehlshaber der Streitkräfte hat weiter Kabinettsrang. Im Jahr 2004 wurde erstmals ein Parlament ohne für das Militär reservierte Sitze gewählt und selbst wenn mit Hanura und Gerindra zwei von Wiranto, bzw. Prabowo gegründete Parteien neu ins Parlament gekommen sind, so finden sich unter deren Parlamentariern, ebenso wie in Golkar, PAN, PPP und PKB keine Exmilitärs. Den höchsten Anteil an Exmilitärs unter den Mandatsträgern hat die Demokratische Partei des Präsidenten mit einem Anteil von 7,3%, gefolgt von PDI-P (3,3%) und PKS (1,8%). Insgesamt summiert sich dies allerdings insgesamt nur auf 13 Sitze oder 2,4% (eigene Berechnungen auf Basis von Tim Litbang Kompas, 2010). Zudem ist kein gemeinsames Abstimmungsverhalten oder eine externe Koordination, etwa durch die Veteranenverbände zu erkennen¹², so dass der Bereich der nationalen Elitenrekrutierung mittlerweile als voll zivil kontrolliert angesehen werden kann.

¹⁰ Eigene Berechnung nach Angaben in „Gus Dur picks 26-member Cabinet“, 24.August 2000, online unter <http://www.thejakartapost.com/news/2000/08/24/gus-dur-picks-26member-cabinet.html> und „Megawati names rainbow cabinet“, 10.August 2001, online unter <http://www.thejakartapost.com/news/2001/08/10/megawati-names-rainbow-cabinet.html>.

¹¹ Eigene Berechnung nach Angaben in „The United Indonesia Cabinet 2004-2009“, 22.Oktober 2004, online unter <http://www.thejakartapost.com/news/2004/10/22/united-indonesia-cabinet-2004-2009.html> und „United Indonesia Cabinet 2009-2014“, 22.Oktober 2009, online unter <http://www.thejakartapost.com/news/2009/10/22/united-indonesia-cabinet-20092014.html>.

¹² Interviews mit Agus Widjojo am 2.9.2010 und Hasanudin am 4.9.2010.

Es ist unklar, inwiefern das Militär durch ehemalige Mitglieder unter den Parlamentsabgeordneten Einfluss auf politische Inhalte nimmt. Konkrete Beispiele hierfür finden sich nicht, zumal ein Großteil der Gesetze im Parlament nahezu einstimmig beschlossen wird (Ufen, 2008: 32). Die Einflussnahme auf die Implementation von Gesetzen auf der Ministerialebene wurde dem Militär dadurch erschwert, dass nicht länger Militärs als Liaison-Offiziere in die zivilen Ministerien entsandt werden.¹³ Lediglich im Verteidigungsministerium dienen noch immer aktive Militärs in großer Zahl. Einfluss auf die Verteilung des nationalen Budgets scheinen Militärs in Indonesien kaum zu haben. Allerdings wird der Militärhaushalt aus verschiedenen Verfügungstöpfen des Präsidenten in Einzelfällen erheblich aufgestockt (Human Rights Watch, 2006: 101).

Konkrete Einflussnahme des Militärs auf die Ausgestaltung nationaler Politikentscheidungen lässt sich im Zusammenhang mit den Dezentralisierungsreformen von 1999 erkennen. So war nach Hofman und Kaiser (2004: 18) die Entscheidung für eine Verlagerung zusätzlicher Kompetenzen auf die Distrikt- anstelle der Provinzebene auf die Befürchtung der Militärführung zurückzuführen, dass sich sonst regionale Rebellionen wiederholen könnten, unter denen Indonesien schon kurz nach der Unabhängigkeit, etwa in West Sumatra und Südsulawesi, gelitten hatte, bzw. die bereits existierenden Sezessionsbestrebungen, insbesondere in Aceh und Papua zusätzliche Nahrung erhalten könnten¹⁴. Die Dezentralisierung eröffnete dem Militär zugleich neue Einflussmöglichkeiten: zwar war die *dwifungsi*-Doktrin, die das Militär sowohl mit Sicherheitsaufgaben als auch mit sozioökonomischen Aufgaben betraute, 1999 offiziell abgeschafft worden. Da aber die Streitkräfte dank der Territorialstruktur auf allen Verwaltungsebenen mit einem eigenen Verwaltungsstab präsent sind, profitierte auch das Militär von der Verlagerung von Kompetenzen auf die subnationale Ebene. So werden immer wieder Policy-Entscheidungen im Rahmen lokaler Beratungsgremien unter Beteiligung des zuständigen Militäroffiziers getroffen (Honna, 2006: 83), zunächst entgegen der gesetzlichen Abschaffung dieser genannten Sicherheitskabinette 1999, seit der Ausweitung des Kampfs gegen den islamischen Terrorismus aber auch wieder mit gesetzlicher Billigung. Die lokalen Kommandeure erhalten zudem häufig ein Zusatzeinkommen für sich oder ihre Einheiten, das aus dem Etat des Distrikts gezahlt wird und so nicht mehr für andere Zwecke zur Verfügung steht (Jansen, 2008: 446).

¹³ Zwei Drittel der betroffenen Offiziere entschieden sich nach der Reform allerdings für ein Ausscheiden aus dem Militär und den Übergang in den öffentlichen Dienst (Rinakit, 2005: 155).

¹⁴ Während diese Entscheidung wegen der schwierigeren Kontrolle der kleinen territorialen Einheiten durch die nationale Regierung nicht unumstritten war, setzte sich schlussendlich die Einschätzung durch, dass diese Kompetenzverlagerung Rufen nach Abspaltung auf Provinzebene den Boden entziehen würde, ohne gleichzeitig mit den Distrikten autarke territoriale Einheiten zu schaffen (Interview mit Agus Widjojo, 2.9.2010).

Im Bereich der inneren Sicherheit kommt dem indonesischen Militär traditionell eine besonders große Rolle zu. Auch nachdem Militär und Polizei im Jahr 1999 organisatorisch getrennt und die Polizei offiziell mit der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung im Inneren betraut wurde, kam es jedoch vor allem in Krisengebieten immer wieder zu Konflikten zwischen beiden Sicherheitsorganen (Human Rights Watch, 2006). Die Befriedung der kommunalen Konflikte und der Friedensprozess in Aceh haben diese Reibungspunkte mittlerweile verringert. Zuvor hatte Präsident Yudhoyono massive Probleme gehabt, die Militärs zur Akzeptanz des Friedensabkommens mit den Rebellen der GAM zu bewegen und musste zunächst die Militärführung mit Loyalisten besetzen (Miller, 2009: 160). Selbst in relativ friedlichen Regionen sind die Militärs im Rahmen der erwähnten lokalen Sicherheitsgremien an Einsatzentscheidungen beteiligt bzw. liefern in spezialisierten nachrichtendienstlichen Besprechungen die Informationen auf denen diese Entscheidungen beruhen. Die unabhängigen Kontrollmöglichkeiten von zivilen Institutionen und Polizei sind weiterhin schwach¹⁵ (Putra, 2007; Jemadu, 2007). Gleiches gilt auch für den Bereich der Außenverteidigung. Neben dem auch hier chronischen Mangel an Information über die Umsetzung politischer Entscheidungen bleibt die Gestaltung der verteidigungspolitischen Richtlinien weitestgehend den Militärs überlassen.

Für den Teilbereich der Militärorganisation ergibt sich gleichfalls ein ambivalenter Befund. Einerseits haben es die Regierungen Wahid und Yudhoyono geschafft, auch hohe Militärposten selbst zu besetzen. Andererseits machte die Militärführung unter Wahid einige Beförderungen durch die Versetzung der betreffenden Offiziere auf „unpolitische“, wenngleich nominell höherrangige Posten wieder rückgängig (Honna, 2003: 186ff.). Während Megawati keinerlei Versuche unternahm, sich in die Besetzung hoher Ämter einzumischen und auch die Definition der Eignungs- und Beförderungskriterien wieder vollkommen dem Militär überließ, betrieb Yudhoyono eine aktivere, wenn auch immer noch vorsichtige Personalpolitik (Malley, 2008: 263). Rüstungsentscheidungen und die Verwaltung des Militärbudgets sind fast vollständig unter der Kontrolle des Militärs: Selbst wenn es im sonst immer noch intransparenten Militärbudget eine klare Zuweisung von Mitteln gibt, verstößt das Militär eigenmächtig dagegen oder die zuständigen Offiziere schöpfen großzügige „kickbacks“ ab (Human Rights Watch, 2006: 72). Die in ihrer Struktur undurchsichtigen, aber in ihrem Ausmaß gut dokumentierten offiziellen Geschäftsaktivitäten des Militärs (McCulloch, 2003; Rieffel/Pramodhawardani, 2007) tragen nach den Gewinneinbrüchen der Asienkrise keinen bedeutenden Anteil mehr zum Budget bei, versorgen aber individuelle Soldaten und ihre Vorgesetzten weiterhin mit zusätzlichen Einnahmen. Obwohl ein Gesetz aus dem Jahr 2004 für Ende 2009

¹⁵ Die Unterstellung des nationalen Inlandsgeheimdienstes BIN unter den Präsidenten hat wenig strukturelle Reformen mit sich gebracht. Allerdings wählte Yudhoyono im Oktober 2009 zum ersten Mal einen pensionierten Offizier der Polizei und nicht des Militärs für die Führung von BIN.

die Übernahme sämtlicher Militärunternehmen durch die zivile Regierung vorsah, gab es auf diesem Gebiet noch keine Fortschritte und das indonesische Parlament wartet noch immer auf ein entsprechendes Ausführungsdekret des Präsidenten (Human Rights Watch, 2010).

Abschließend lässt sich somit festhalten, dass vom Beginn der Reformasi im Jahr 1999 bis heute insgesamt eine Ausweitung ziviler Kontrolle zu erkennen ist. Weiterhin sind jedoch einzelne Teilbereiche der zivil-militärischen Beziehungen der Kontrolle durch die demokratisch legitimierten Autoritäten entzogen. Als problematisch erweist sich insbesondere die weiterhin gültige Territorialdoktrin. Wenngleich zu Beginn der Demokratisierung von einigen radikalen Reformern in Frage gestellt (Honna, 2003: 180), blieb sie unangetastet und wurde jüngst von Präsident Yudhoyono als wichtiges Instrument im Kampf gegen den einheimischen Terrorismus bezeichnet (Mietzner, 2009b: 315). Da aus dem Militär selbst nur noch wenige Reformvorschläge kommen und zugleich der politische Wille zu tiefgehenden Reformen in der zivilen Politik nachgelassen hat, scheint es unwahrscheinlich dass in naher Zukunft tiefgehende Reformen stattfinden. Das Kommando über eine der territorialen Einheiten ist für die mittleren Offiziersränge eine willkommene Gelegenheit zum Erwerb von Kommandofähigkeiten, dem Aufbau persönlicher Beziehungsnetzwerke und nicht zuletzt auch zur persönlichen Bereicherung (Editors, 2008: 93; Mietzner, 2008). Daher dürfte die Bereitschaft gering sein, diese Möglichkeiten aus der Hand zu geben. So bleibt zivile Kontrolle in Indonesien trotz vieler Verbesserungen auch im regionalen Vergleich weiter unterentwickelt (Croissant/Kühn, 2009: 206).

4 Konsequenzen für die Demokratie in Indonesien und Thailand

Die Rückkehr des Militärs in einflussreiche Machtpositionen beschädigt die Funktionsfähigkeit der thailändischen Demokratie nachhaltig. Dies schlägt sich in demokratischen Defekten in allen fünf Teilregimen der *embedded democracy* nieder. Obwohl die zivile Kontrolle des Militärs in Indonesien im Vergleich stärker ausgeprägt ist, zeigen sich auch hier mittelbar die Konsequenzen verbliebener Probleme und die Defekte der effektiven Herrschaftsgewalt wirken eher im Hintergrund.

Auswirkungen mangelnder ziviler Kontrolle auf das Funktionieren des Wahlregimes sind in Thailand besonders deutlich. Schon formell entzieht die auf Betreiben des Militärs erarbeitete Verfassung einen Teil der Sitze im aufgewerteten Senat dem politischen Wettbewerb. Informell verzerren Wahlkampfhilfen des Militärs massiv den Kampf um die verbliebenen Sitze im Parlament.¹⁶ Selbst der Rekurs auf die nationale Wahlkommission verspricht benachteiligten Kandidaten keine Abhilfe,

¹⁶ "Rights group questions 'free and fair' elections in Thailand," *The Nation*, 21. Dezember 2007, online unter <http://www.nationmultimedia.com>

zumal deren Mitglieder im Wesentlichen in den Jahren 2006 und 2007 von der Putschregierung bestellt wurden.¹⁷ Die Bedeutsamkeit und Fairness der Wahlen ist somit deutlich eingeschränkt. Wie bereits dargelegt, verhindert das Militär zugleich, dass sich der Wählerwille ohne Verzerrung in die Regierungsbildung übersetzt. Die mangelnde Rückendeckung für die Regierungen Samak und Somchai gegen die Gelbhemden¹⁸ trug zudem maßgeblich zum Scheitern dieser Regierungen bei. Schließlich waren Angehörige der Militärführung auch maßgeblich an der Bildung der Regierung Abhisit beteiligt.

In Indonesien unterstützt das Militär als Institution anders als in Thailand keine bestimmte politische Richtung. Allenfalls lassen sich kurzfristige Allianzen mit wechselnden Partnern erkennen. Bei der Präsidentschaftswahl 2009 etwa traten neben dem Ex-General Yudhoyono auch Prabowo und Wiranto als Vizepräsidentschaftskandidaten auf den Tickets von PDI-P respektive Golkar an. Obwohl es bei Wahlen in Einzelfällen zur Parteinahme durch lokale Kommandeure kam (Carter Center, 2009), sind diese nicht schwerwiegend genug, um den demokratischen Gehalt der Wahl in Frage zu stellen. Auch auf der subnationalen Ebene nehmen lokale Einheiten Einfluss auf Wahlen. Kandidaten aus dem Kreis des Militärs sind allerdings wenig erfolgreich (Mietzner, 2009a), so dass das örtliche Militär lieber gezielt bestimmte Kandidaten unterstützt. Geld für diese Einflussnahme kommt aus den militärischen Geschäftsunternehmungen. Allerdings ist das Militär nicht der einzige Akteur, der durch seine Kriegskassen Einfluss auf Wahlen auszuüben versucht, sondern trägt, wie etwa auch die Bürokratie, lediglich zu diesem ohnehin problematischen Trend bei (Honna, 2006; Mietzner 2008).

Die politischen Freiheiten (Teilregime B) leiden in Thailand ebenfalls unter dem großen Einfluss des Militärs auf die Politik. So können sowohl die Versammlungs- als auch die Assoziations- und Informationsfreiheit stark vom Militär eingeschränkt werden. Zusammen mit einer sehr weitgehenden Auslegung des von der Militärjunta verabschiedeten Internal Security Act ist es dem Militär so möglich, politische Opposition massiv zu behindern, wie bei den Demonstrationen 2009 deutlich wurde.¹⁹ Das Militär übt zugleich über seine zwei Fernseh- und 245 der insgesamt 524 Radiosender im Land direkten Einfluss auf die Medien aus. Schon die vom Militär eingesetzte Putschregierung Surayud verschärfte die Regulierung des staatlich kontrollierten Rundfunkwesens, verabschiedete eines der weltweit strengsten Gesetze gegen Internetkriminalität, von dem auch kritische Blogger betroffen sind, und versuchte zudem die Medien zu instrumentalisieren, um die Ergebnisse der Parlamentswahlen von 2007 zu beeinflussen (Freedom House, 2009). Vor der Rück-

¹⁷ Persönliches Interview mit Lt.Gen. Peerapong Manakit am 16.2.2009.

¹⁸ "Army Chief Denies Double Standards in Handling Yellow and Red Rallies," *Matichon*, 10. April 2009, online unter http://www.matichon.co.th/news_detail.php?newsid=1241855586&grpid=00&catid=01.

¹⁹ Rand, Nelson und Chandler Vandergrift, "Reds Ready to Rumble in Thailand," *Asia Times Online*, 9. Januar 2010, online unter http://www.atimes.com/atimes/Southeast_Asia/LA09Ae01.html.

gabe der Macht an zivile Politiker verabschiedete die Putschregierung schließlich Ende 2007 noch ein restriktives Rundfunkgesetz, das diese Einschränkungen der Informationsfreiheit durch militärnahe Kreise auf Dauer festschrieb (Ubonrat Siriuvusak, 2008).

Auch die Beeinträchtigung der politischen Freiheitsrechte durch das Militär ist in Indonesien schwächer ausgeprägt als in Thailand. Die Verletzung der politischen Freiheiten durch eigenständige Aktivitäten des Militärs und von ihm unterstützte Milizen in Krisenregionen wie Timor-Leste – vor dessen Unabhängigkeit – und Aceh (Miller, 2009; Robinson, 2009) hat deutlich abgenommen. Noch immer kommt es aber zu Morden an Unabhängigkeitsaktivisten oder Menschenrechtlern, die Militärangehörigen oder den Geheimdiensten zur Last gelegt werden (Malley, 2002; Kingsbury, 2008). Trotz dieser Einschüchterungsversuche gehören Demonstrationen und Proteste in Indonesien zur Tagesordnung. Auf der lokalen Ebene schüchtern immer wieder Militärs – zumeist gegen Bezahlung durch zivile Politiker – politische Gegner ein (Honna, 2006). Die Presse ist trotz verbleibender Probleme weitgehend frei von militärischen Einschränkungen (Freedom House, 2009).²⁰ Vielmehr trägt die Berichterstattung der Medien zusammen mit dem aktiven NGO-Sektor dazu bei, dass immer wieder Skandale im und um das Militär aufgedeckt werden und es zu vereinzelt Anklagen, wenn auch selten ernsthaften Bestrafungen, kommt. Die Bürger- und Menschenrechte (Teilregime C) leiden in Thailand insbesondere durch die ausgeweiteten Prärogativen des Militärs im Bereich der Inneren Sicherheit. So gestattet der neue Internal Security Act Festnahmen und Inhaftierungen ohne richterlichen Beschluss. Soldaten sind unter dem ISA von der Strafverfolgung aufgrund von Menschenrechtsverletzungen ausgenommen. Menschenrechtsgruppen bringen zunehmend Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Schaffung von ISOC zu einer Ausweitung militärischer Willkürherrschaft führen könnte. Damit das Militär seine Vorrechte im Rahmen des ISOC nutzen kann, muss von der Regierung noch nicht einmal der Ausnahmezustand verhängt werden (Human Rights Watch, 2007).

In Indonesien hat der Kampf gegen den Terrorismus sowohl dem Militär als auch der Polizei zusätzliche Eingriffsmöglichkeiten gebracht, die nur eingeschränkt mit den Bürgerrechten vereinbar sind. Allerdings gehen diese, wie etwa die Verlängerung der Untersuchungshaft oder die Senkung der Verdachtsschwelle aber genauso auf zivile Initiative zurück, wie der präsidentielle Aufruf ans Militär, sich stärker an der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit zu beteiligen (Jemadu, 2007). Auch hier liegen die größten Probleme auf der subnationalen Ebene: neben Menschenrechtsverletzungen in Krisenregionen wie Papua (BTI, 2009a) gefährden

20 Das Verbot von Büchern wird zumeist von Zivilisten initiiert. Allerdings ist geplant, Militärs zukünftig an der Entscheidung zu beteiligen. Vgl. dazu „AGO claims exclusive authority to ban books“, 5. Januar 2010, online unter <http://www.thejakartapost.com/news/2010/01/05/ago-claims-exclusive-authority-ban-books.html>.

gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Militär und Polizei immer wieder Leib und Leben unbeteiligter Zivilisten. Häufig geht es bei diesen Streitigkeiten um die Aufteilung der Einkünfte aus halb- oder illegalen Aktivitäten (vgl. etwa Human Rights Watch, 2006: 67).

Die wachsende militärische Autonomie hat in Thailand auch die horizontale Verantwortlichkeit (Teilregime D) beschädigt. Der Einfluss des Militärs auf die Regierung und die Judikative hebelt richterliche und parlamentarische Kontrollmöglichkeiten aus. Während einerseits Verfehlungen von Thaksin-freundlichen Parteien stets verfolgt und häufig bestraft werden, ließen Gerichte ähnliche Vorwürfe gegen die vom Militär ins Amt gehobenen Demokraten Partei fallen (BTI, 2009b). Auch in der Debatte, Überwachung oder Genehmigung von militärischen Aktivitäten im Bereich der inneren Sicherheit spielen weder Parlament noch Richterschaft eine Rolle.

Da sich Militärangehörige in Indonesien für Verbrechen, die sie außerhalb der Dienstzeit verüben, vor Militärtribunalen anstatt vor zivilen Gerichten verantworten müssen, wo sie meist zu relativ milden Strafen verurteilt werden, trägt die mangelnde zivile Kontrolle zu einer „Kultur der Straflosigkeit“ bei. Die Territorialstruktur wirkt auch hier hinderlich, da durch die Verstrickung in die örtliche Wirtschaft und Politik lokale Militärs die Motive und die Mittel haben, mit Gewalt gegen protestierende Bürger vorzugehen (Human Rights Watch, 2010: 56; Mietzner, 2008: 231). Militärs werden dafür entlohnt, öffentliche oder private Sicherheitsdienstleistungen zu erbringen, und verwenden diese Mittel, um Einfluss auf den politischen Wettbewerb (Teilregime A und B) zu nehmen oder die örtliche Korruption zu befördern (Teilregime D). Insbesondere die in den Medien immer wieder kritisierte Einflussnahme von Militärangehörigen auf Richter (häufig durch Bestechung)²¹ untergräbt die horizontale Gewaltenkontrolle.

5 Schlussfolgerungen

Vergleicht man den aktuellen Zustand der zivil-militärischen Beziehungen in Thailand und Indonesien, so lassen sich drei markante Unterschiede benennen. Erstens ist der politische Einfluss des Militärs in Thailand deutlich stärker, direkter und drastischer in den Konsequenzen für die Entfaltung der Demokratie als in Indonesien. Zweitens liegen die Problembereiche ziviler Kontrolle in Thailand eindeutig auf der Ebene der nationalen Politik, während in Indonesien vor allem die ausgebliebene Reform der Territorialstruktur viele Reformbemühungen ins Leere laufen ließ. Mit anderen Worten: Probleme liegen hier vor allem auf der subnationalen Ebene. Drittens erstrecken sich der Machtanspruch des Militärs und die negativen Auswirkungen des Fehlens ziviler Kontrolle in Thailand auch auf den Kernbereich der *embedded democracy* (d.h., das Funktionieren des Wahlregimes). In Indonesien

21 „SBY's war against judicial corruption: How far can he go?“, 19.Februar 2010, online unter <http://www.thejakartapost.com/news/2010/02/10/sby%E2%80%99s-war-against-judicial-corruption-how-far-can-he-go.html>.

hingegen ist unter den gegebenen Bedingungen weder die direkte Machtergreifung durch das Militär, noch die systematische und nachhaltige Verzerrung der politischen Wettbewerbsbedingungen zuungunsten einer politischen Strömung (wie 2008/9 in Bangkok) zu erwarten. Problematisch für den Zustand ziviler Kontrolle ist paradoxerweise, dass ein Großteil der Reformen in Indonesien auf Initiative des Militärs durchgeführt wurde. Dabei spielten zivile Akteure nur in Einzelfällen eine bedeutende Rolle. Unter Yudhoyono scheint es so, als versetze ihn nur sein Ruf als respektierter Ex-General in die Lage, von den hohen Militärs Gehorsam zu verlangen. In seinen Beziehungen zum Militär geht der Präsident allerdings zögerlicher vor, als sein Ruf als Militärreformer vermuten ließe. Dies zeigt etwa sein Verhalten im Bezug auf die Übernahme militärischer Unternehmen oder auch die Blockade eines lange geplanten Gesetzes zur Militärgerichtsbarkeit durch die Regierung.²² Es ist deshalb nur schwer einzuschätzen, ob die regierenden Zivilisten in naher Zukunft die Abschaffung der Territorialstruktur fordern werden, geschweige denn, ob das Militär die Reform zulassen würde. Es hängen insbesondere für die mittleren Ränge des Militärs zu viele Karrierechancen, Privilegien und Einkünfte davon ab.

Während die instabile politische Lage und das hohe Putschrisiko in Thailand momentan keine Verbesserung der zivilen Kontrolle zulässt, mangelt es in Indonesien eher am politischen Willen zu weiteren Reformen. Da die Verquickung der Territorialstruktur mit der schwachen rechtsstaatlichen Tradition und der endemischen Korruption im Land eine Bekämpfung dieser demokratischen Mängel ohne eine gleichzeitige Verbesserung ziviler Kontrolle erschwert, muss über kurz oder lang auch diese Bastion des Militärs fallen, um die Konsolidierung der Demokratie in Indonesien nicht auf Dauer zu blockieren.

Durch die Fallstudien ist deutlich geworden, dass zivile Kontrolle des Militärs einerseits zur Garantie der effektiven Herrschaftsgewalt ziviler Regierungen in einer Demokratie notwendig ist, dass aber gleichzeitig Mängel ziviler Kontrolle auch Funktionsdefizite an den einbettenden Faktoren der demokratischen Wahl hervorrufen oder verschärfen können. In Ländern mit so unterschiedlichen Bedingungen wie Indonesien und Thailand liegt in der Verbesserung der zivilen Kontrolle ein gemeinsamer Ausweg für viele der momentanen demokratischen Mängel.

Literaturverzeichnis

- BTI (2009a): „Indonesia Country Report“, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Bertelsmann Transformation Index 2010*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
- BTI (2009b): „Thailand Country Report“, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Bertelsmann Transformation Index 2010*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
- Bühlmann, Marc, Merkel, Wolfgang, Müller, Lisa & Weßels, Bernhard (2008): „Wie lässt sich Demokratie am besten messen? Zum Forumsbeitrag von Thomas Müller und Susanne Pickel“, in: *Politische Vierteljahresschrift* 49, S. 114-122

22 “PDI-P deems govt failed on defense issues in its first 100 days,” The Jakarta Post, 28. Januar 2010, online unter <http://www.thejakartapost.com/news/2010/01/28/pdip-deems-govt-failed-defense-issues-its-first-100-days.html>.

- Carter Center (2009): *Final Report of the Carter Center Limited Observation Mission to the April 9, 2009, Legislative Elections in Indonesia*. Atlanta: One Copenhill
- Chambers, Paul (2009a): "Superfluous, Mischievous or Emancipating? Thailand's Evolving Senate Today", in: *Journal of Current Southeast Asian Affairs* 28, S. 3-80
- Chambers, Paul (2009b): U-Turn to the Past? The Resurgence of the Military in Contemporary Thai Politics. *Public Forum and Workshop on Civil-Military Relations and Democratic Stress: Lessons from Thailand, Indonesia, the Philippines, and Burma/Myanmar*. Chulalongkorn University, Bangkok. Online verfügbar unter <http://www.scribd.com/doc/20962088/>
- Chambers, Paul W. (2010): "U-Turn to the Past? The Resurgence of the Military in Contemporary Thai Politics", in: Chambers, Paul W., Croissant, Aurel & Thitinan Pongsudhirak (Hrsg.): *Democracy under Stress: Civil-Military Relations in South and Southeast Asia*. Bangkok: ISIS
- Croissant, Aurel (2008): „Soziale Gruppen, politische Kräfte und die Demokratie. Eine strukturorientierte Analyse der demokratischen Transformation in Thailand“, in: *Südostasien Aktuell* 27, S. 3-40
- Croissant, Aurel & Kühn, David (2009): "Patterns of civilian control of the military in East Asia's new democracies", in: *Journal of East Asian Studies* 9, S. 187-217
- Croissant, Aurel, David Kühn, Paul W. Chambers & Siegfried O. Wolf (2010): "Beyond the fallacy of Coup-ism: Conceptualizing civilian control of the military in emerging democracies", in: *Democratization* 17: S. 948-973
- Croissant, Aurel & Thiery, Peter (2009): „Erosion der Demokratie oder Beharrlichkeit defekter Demokratien? Eine Analyse des Verlaufs demokratischer Transformation“, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Bertelsmann Transformation Index 2010*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 69-97
- Dahl, Robert Alan (1971): *Polyarchy. Participation and Opposition*. New Haven: Yale University Press
- Dahl, Robert Alan (1989): *Democracy and its critics*. New Haven: Yale University Press
- Diamond, Larry Jay & Morlino, Leonardo (2005): *Assessing the quality of democracy*. Baltimore: Johns Hopkins University Press
- Editors (2008): "Current data on the Indonesian military elite", September 2005- March 2008, in: *Indonesia* 85, S. 79-121
- Freedom House (2009): *Freedom of the Press Report 2008*. New York: Rowman & Littlefield
- Hewison, Kevin (Hrsg.) (1997): *Political change in Thailand: democracy and participation*. London: Routledge
- Hofman, Bert & Kaiser, Kai (2004): "The making of the 'Big Bang' and its aftermath: A political economy perspective", in: Alm, James, Martínez-Vazquez, Jorge & Indrawati, Sri Mulyani (Hrsg.): *Reforming intergovernmental fiscal relations and the rebuilding of Indonesia: The "Big Bang" program and its economic consequences*. Cheltenham: Edward Elgar, S. 15-46
- Honna, Jun (2003): *Military politics and Democratization in Indonesia*. London: Routledge
- Honna, Jun (2006): "Local civil-military relations during the first phase of democratic transition, 1999-2004: A comparison of West, Central, and East Java", in: *Indonesia* 82, S. 75-96
- Human Rights Watch (2006): *Too high a price: The Human Rights Cost of the Indonesian Military's Economic Activities*. New York: Human Rights Watch
- Human Rights Watch (2007): *Thailand: Internal Security Act Threatens Democracy and Human Rights: Government Proposes Draconian Steps to Institutionalize Military Control*. New York: Human Rights Watch
- Human Rights Watch (2010): *Unkept Promise: Failure to End Military Business Activity in Indonesia*. New York: Human Rights Watch
- International Crisis Group (2000): "Indonesia: Keeping the military under control", in: *ICG Asia Report* 9
- Jansen, David (2008): "Relations among security and law enforcement institutions in Indonesia", in: *Contemporary Southeast Asia* 30, S. 429-454
- Jemadu, Aleksius (2007): "Terrorism, intelligence reform and the protection of civil liberties", in: Hadiwinata, Bob S. & Schuck, Christoph (Hrsg.): *Democracy in Indonesia: The Challenge of Consolidation*. Baden-Baden: Nomos, S. 297-310
- Karl, Terry L. (1990): "Dilemmas of Democratization in Latin America", in: *Comparative Politics* 23, S. 1-21
- Kingsbury, Damien (2008): "Indonesia in 2007: Unmet Expectations, Despite Improvement", in: *Asian survey* 48, S. 38-46
- Malley, Michael S. (2002): "Indonesia in 2001: Restoring Stability in Jakarta", in: *Asian Survey* 42, S. 124-132
- Malley, Michael S. (2008): "Democratization and the challenge of defense reform in Indonesia", in: Bruneau, Thomas C. & Trinkunas, Harold A. (Hrsg.): *Global Politics of Defense Reform*. New York: Palgrave Macmillan, S. 251-269
- McCargo, Duncan & Ukrist Pathmanand (2005): *The Thaksinization of Thailand*. Kopenhagen: NIAS

- McCulloch, Lesley (2003): "Trifungsi: The Role of the Indonesian Military in Business", in: Brömmelhörster, Jörn & Paes, Wolf-Christian (Hrsg.): *The Military as an Economic Actor*. Houndsmill: Palgrave, S. 94-123
- Merkel, Wolfgang, Puhle, Hans-Jürgen & Croissant, Aurel (2003): *Defekte Demokratien, Bd. 1: Theorie*. Opladen: Leske + Budrich
- Mietzner, Marcus (2008): "Soldiers, parties and bureaucrats: Illicit fund-raising in contemporary Indonesia", in: *South East Asia Research* 16, S. 225-254
- Mietzner, Marcus (2009a): "Indonesia and the pitfalls of low-quality democracy: A case study of the gubernatorial elections in North Sulawesi", in: Bünte, Marco & Ufen, Andreas (Hrsg.): *Democratization in Post-Suharto Indonesia*. London: Routledge, 124-149
- Mietzner, Marcus (2009b): *Military politics, Islam and the state in Indonesia. From turbulent transition to democratic consolidation*. Singapore: ISEAS
- Miller, Michelle Ann (2009): *Rebellion and reform in Indonesia: Jakarta's security and autonomy policies in Aceh*. London: Routledge
- O'Rourke, Kevin (2002): *Reformasi: The struggle for power in post-Soeharto Indonesia*. Crows Nest: Allen & Unwin
- Pasuk Phongpaichit & Chris Baker (2009): *Thaksin. 2*. Chiang Mai: Silkworm Books
- Putra, Rizal Darma (2007): "Strategic Intelligence Agency (BAIS)", in: Sukadis, Beni (Hrsg.): *Almanac on Indonesian Security Sector Reform*. Geneva: Center for the Democratic Control of Armed Forces, S. 109-117.
- Rieffel, Alexis & Jaleswari Pramodhawardani (2007): *Out of business and on budget: the challenge of military financing in Indonesia*. Washington: Brookings Institution Press
- Rinakit, Sukardi (2005): *The Indonesian military after the New Order*. Singapore: NIAS Press
- Robinson, Geoffrey (2009): *"If you leave us here, we will die": How genocide was stopped in East Timor*. Princeton: Princeton University Press
- Thitinan Pongsudhirak (2008): "Thailand Since the Coup", in: *Journal of Democracy* 19, S. 146
- Tim Litbang Kompas, 2010: *Wajah DPR & DPD 2009-2014*. Jakarta: Kompas
- Ubonrat Siriyuvasak (2008): *Media Reform in Thailand*. Bangkok: Campaign for Popular Media Reform
- Ufen, Andreas (2008): "From aliran to dealignment: political parties in post-Suharto Indonesia", in: *South East Asia Research* 16, S. 5-41
- Wandelt, Ingo (2007): "Security Sector Reform in Indonesia. Military vs. Civil Supremacy", in: Hadiwinata, Bob S. & Schuck, Christoph (Hrsg.): *Democracy in Indonesia. The Challenge of Consolidation*. Baden-Baden: Nomos, 269-295
- Webber, Douglas (2006): "A Consolidated Patrimonial Democracy? Democratization in post-Suharto Indonesia", in: *Democratization* 13, S. 396-420